

Rentenanrechnung und Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge

Inhaltsübersicht	Seite
1. Allgemeines	2
2. Anrechnung von Renten	2
2.1 Renten	2
2.1.1 Altersgeld gem. § 53a LBeamtVG M-V	2
2.2 Höchstgrenze	3
2.3 Zusätzliche Informationen	3
2.3.1 Besonderheit bei einem vor dem 01.01.1966 begründeten Beamtenverhältnis	3
2.3.2 Renten und sonstige vergleichbare Versorgungsleistungen, die nicht von § 55 LBeamtVG M-V erfasst werden	3
2.3.3 Renten von einem Mitgliedsstaat der EU / des EWR bzw. der Schweiz	3
2.3.4 Mindestversorgung und Rente	3
2.3.5 Mindestversorgung aus einem Wahlamt in der ersten Kommunalwahlperiode in den neuen Bundesländern und Rente	4
3. Anrechnung bei mehreren Versorgungsbezügen	4
3.1 Früheres eigenes Ruhegehalt – späteres Witwen-/Witwergeld	4
3.2 Früheres Witwen-/Witwergeld – späteres eigenes Ruhegehalt	4
3.3 Zusammentreffen mehrerer Ruhegehälter oder mehrerer Witwen-/Witwergelder oder mehrerer Waisengelder	5
4. Anzeigepflichten	5

Anmerkung

Diese Hinweise sind nur zur allgemeinen Information bestimmt und enthalten aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit nicht sämtliche Regelungen. Rechtsansprüche können daraus nicht abgeleitet werden. Für weitere und individuelle Fragen steht der VM-V gerne zur Verfügung.

1. Allgemeines

Besteht gleichzeitig Anspruch auf Versorgungsbezüge und Rente(n) bzw. auf mehrere Versorgungsbezüge, so sind die Versorgungsbezüge zu regeln, d. h. nur innerhalb bestimmter Höchstgrenzen zu zahlen.

2. Anrechnung von Renten (§ 55 LBeamtVG M-V)

2.1 Renten

Als **Renten** gelten

- Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen,
- Renten aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes (z. B. von der Zusatzversorgungskasse Mecklenburg-Vorpommern),
- Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung, wobei ein abhängig vom jeweiligen Einzelfall zu ermittelnder Betrag unberücksichtigt bleibt,
- Leistungen aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung oder aus einer befreienden Lebensversicherung, zu denen der Arbeitgeber auf Grund eines Beschäftigungsverhältnisses im öffentlichen Dienst mindestens die Hälfte der Beträge oder Zuschüsse in dieser Höhe geleistet hat.

Wird eine Rente nicht beantragt oder auf sie verzichtet oder wird an deren Stelle eine Kapitalleistung, Beitragserstattung oder Abfindung gezahlt, so tritt an die Stelle der Rente der Betrag, der vom Leistungsträger ansonsten zu zahlen wäre. Bei Zahlung einer Abfindung, Beitragserstattung oder eines sonstigen Kapitalbetrages ist der sich bei einer Verrentung ergebende Betrag zugrunde zu legen. Dies gilt nicht, wenn der Kapitalbetrag innerhalb von drei Monaten nach Zufluss zuzüglich der hierauf gewährten Zinsen an den VM-V abgeführt wird. Bei einer Scheidung, Aufhebung oder Nichtigerklärung einer Ehe ist der Rentenbetrag maßgeblich, der ohne Versorgungsausgleich zu zahlen wäre.

Nicht zu den anzurechnenden Renten gehören

- bei Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten: Hinterbliebenenrenten aus einer Beschäftigung oder Tätigkeit des Ehegatten,
- bei Witwen und Waisen: Renten auf Grund einer eigenen Beschäftigung oder Tätigkeit,
- der Kinderzuschuss und der Erhöhungsbetrag für Waisen in der gesetzlichen Rentenversicherung,
- ruhende Rententeile und Leistungen nach dem Kindererziehungsleistungsgesetz,
- Renten, die auf freiwilligen Beiträgen oder auf einer Höherversicherung ohne rechtserhebliche Beteiligung des Arbeitgebers beruhen.

2.1.1 Altersgeld gem. § 53a LBeamtVG M-V

- Wenn der Versorgungsempfänger Altersgeld oder Hinterbliebenenaltersgeld nach dem Landesaltersgeldgesetz oder eine vergleichbare Alterssicherungsleistung bezieht, ruhen seine Versorgungsbezüge nach Anwendung des § 55 LBeamtVG M-V in Höhe des jeweiligen Betrages.
- Gleiches gilt auch in Bezug auf die Mindestversorgung nach § 14 Abs. 4 LBeamtVG M-V. Beim Zusammentreffen von Ruhegehalt mit Witwenaltersgeld nach dem Landesaltersgeldgesetz wird mindestens ein Betrag in Höhe des Ruhegehalts zuzüglich 20 Prozent des Witwenaltersgeldes gezahlt.
- Beim Zusammentreffen von Ruhegehalt mit Witwenaltersgeld nach dem Landesaltersgeldgesetz wird mindestens ein Betrag in Höhe des Ruhegehalts zuzüglich 20 Prozent des Witwenaltersgeldes gezahlt.
- Beim Zusammentreffen von Witwengeld mit Altersgeld nach dem Landesaltersgeldgesetz wird mindestens ein Betrag in Höhe des Altersgeldes zuzüglich 20 Prozent des Witwengeldes gezahlt. Satz 3 und 4 finden für Witwer jeweils entsprechend Anwendung.
- Die Versorgungsbezüge ruhen in Höhe der Altersgeldleistungen. Versorgungsbezüge werden folglich nur neben den Altersgeldleistungen gezahlt, soweit sie diese übersteigen.

2.2 Höchstgrenze

Als Höchstgrenze gilt der Betrag, der sich als Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrags zum Familienzuschlag ergeben würde, wenn der Berechnung zugrunde gelegt werden

- bei den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet,
- bis grundsätzlich zum Eintritt des Versorgungsfalles.

Ist das zugrunde liegende Ruhegehalt um einen Versorgungsabschlag gemindert, ist diese Minderung auch bei der Festsetzung der Höchstgrenze zu berücksichtigen.

Bei Witwen/Witwern beträgt die Höchstgrenze 60 bzw. 55 v. H. der Höchstgrenze des Ruhestandsbeamten/der Ruhestandsbeamtin, bei Waisen gilt der Bemessungssatz für das Waisengeld.

2.3 Zusätzliche Informationen

2.3.1 Besonderheit bei einem vor dem 01.01.1966 begründeten Beamtenverhältnis (Art. 2 § 2 2. HStruktG)

In diesen Fällen gilt § 55 LBeamtVG M-V mit der Maßgabe, dass der anzurechnende Rentenbetrag um 40 v. H. gemindert wird und neben den Renten ein Betrag von mindestens 40 v. H. der Versorgungsbezüge (vor Rentenrechnung) zu belassen ist.

Einem vor dem 01.01.1966 begründeten Beamtenverhältnis steht es gleich, wenn dem Beamtenverhältnis, aus dem die Beamtin oder der Beamte in den Ruhestand getreten ist, bereits vor dem 01.01.1966 begründete öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (als Beamter, Richter oder Soldat auf Zeit/Berufssoldat) oder Beschäftigungsverhältnisse i. S. von § 5 Abs. 1 Nr. 2, § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB VI in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang vorausgegangen sind.

2.3.2 Renten und sonstige vergleichbare Versorgungsleistungen, die nicht von § 55 LBeamtVG M-V erfasst werden (Tz. 11.0.5 – 11.0.10 LBeamtVG M-V -VwV)

Der Bezug solcher Leistungen führt ggf. dazu, dass Zeiten aufgrund von Kann-Vorschriften nicht oder nur teilweise als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden können.

2.3.3 Renten von einem Mitgliedsstaat der EU / des EWR bzw. der Schweiz (EWG-VO Nr. 1408/71 und 574/72)

Soweit die ausländische Rente auf dieselbe Person wie die beamtenrechtliche Versorgung zurückzuführen ist, auf zurückgelegten Versicherungszeiten beruht und es sich um eine Rente handelt, die wegen Invalidität, Alters oder als Hinterbliebenenrente gezahlt wird, erfolgt keine Anrechnung. Beschäftigungszeiten in diesen Staaten, die zur Begründung bzw. Erhöhung des ausländischen Rentenanspruchs führen, können grundsätzlich aufgrund von Kann-Vorschriften nicht als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden.

2.3.4 Mindestversorgung und Rente (§ 14 Abs. 5 LBeamtVG M-V)

Treffen eine Mindestversorgung und eine zu berücksichtigende Rente zusammen, sind die Versorgungsbezüge grundsätzlich zusätzlich bis zur Höhe der erdienten Versorgungsbezüge über § 55 LBeamtVG M-V hinaus zu kürzen. Erdient sind die Versorgungsbezüge, die sich ohne Zugrundelegung der Mindestversorgung ergeben würden. Zusammen mit der Rente steht jedoch mindestens eine Gesamtversorgung in Höhe der Mindestversorgung zu.

2.3.5 Mindestversorgung aus einem Wahlamt in der ersten Kommunalwahlperiode in den neuen Bundesländern und Rente (§ 2 Nr. 10 BeamtVÜV)

Bei kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten, die keine 8 Jahre Amtszeit im Beamtenverhältnis abgeleistet haben, gilt als Amtszeit im Sinne des § 66 Abs. 2 LBeamtVG M-V auch die Zeit, in der ein Wahlamt in der ersten Kommunalwahlperiode im Beitrittsgebiet nicht im Beamtenverhältnis auf Zeit wahrgenommen wurde, soweit dies zum Erreichen einer Amtszeit von 8 Jahren erforderlich ist.

Bei diesen Versorgungsberechtigten vermindert sich der Ruhegehaltssatz beim Zusammentreffen der Versorgungsbezüge mit einer Rente im Sinne des § 55 LBeamtVG M-V um 1,875 v. H., ab der achten auf den 31.12.2002 folgenden allgemeinen Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge um 1,79375 v. H., für jedes Jahr der Amtszeit im Angestelltenverhältnis, das als Amtszeit im Sinne des § 66 Abs. 2 LBeamtVG M-V gilt.

Die verschärfte Rentenanrechnungsregelung des § 14 Abs. 5 LBeamtVG ist nicht anzuwenden.

3. Anrechnung bei mehreren Versorgungsbezügen (§ 54 LBeamtVG M-V)

Hat eine Person Anspruch auf mehrere Versorgungsbezüge, ist grundsätzlich der zuletzt erworbene Versorgungsbezug in voller Höhe, der frühere Versorgungsbezug nur innerhalb bestimmter Höchstgrenzen zu zahlen. Die verschiedenen Ruhensberechnungen sind nachfolgend dargestellt.

3.1 Früheres eigenes Ruhegehalt – späteres Witwen-/Witwergeld (§ 54 Abs. 4 LBeamtVG M-V)

Erwirbt eine Ruhestandsbeamtin/ein Ruhestandsbeamter einen Anspruch auf Witwen-/Witwergeld oder eine ähnliche Versorgung, wird das Ruhegehalt neben dem ungekürzten Witwen-/Witwergeld nur bis zum Erreichen der nachfolgenden Höchstgrenze gezahlt.

Als Höchstgrenze gelten 71,75 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das dem Witwen-/Witwergeld zugrunde liegende Ruhegehalt bemisst zuzüglich des Unterschiedsbetrags zum Familienzuschlag; eine Minderung durch einen Versorgungsabschlag ist auch bei der Festsetzung der Höchstgrenze zu berücksichtigen. Die Gesamtbezüge dürfen dabei nicht hinter dem eigenen Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrags zum Familienzuschlag sowie eines Betrages in Höhe von 20 v. H. des Witwen-/Witwergeldes zurückbleiben.

Beispiel 1:

eigenes Ruhegehalt	2.000 EUR
Witwengeld	990 EUR
Höchstgrenze	1.650 EUR
abzüglich Witwengeld	<u>990 EUR</u>
restliches eigenes Ruhegehalt	660 EUR
Gesamtbezüge damit (660 EUR Ruhegehalt und 990 EUR Witwengeld)	1.650 EUR
mindestens jedoch Summe aus eigenem Ruhegehalt zuzüglich 20 v. H. des Witwengeldes (2.000 EUR + 198 EUR)	2.198 EUR
um die Differenz von	548 EUR
ist das restliche Ruhegehalt zu erhöhen auf	1.208 EUR
zuzüglich Witwengeld	990 EUR
Gesamtversorgung aus Ruhegehalt und Witwengeld	<u>2.198 EUR</u>

3.2 Früheres Witwen-/Witwergeld – späteres eigenes Ruhegehalt (§ 54 Abs. 1 Nr. 3 LBeamtVG M-V)

Erhält eine Witwe/ein Witwer später ein eigenes Ruhegehalt oder eine ähnliche Versorgung, ist das Witwen-/Witwergeld neben dem ungekürzten eigenen Ruhegehalt nur bis zum Erreichen der unter Ziffer 3.1 genannten Höchstgrenze zu zahlen.

Beispiel 2:

Witwengeld	990 EUR
(späteres) eigenes Ruhegehalt	2.000 EUR
Höchstgrenze	1.650 EUR
abzüglich eigenes Ruhegehalt	<u>2.000 EUR</u>
restliches Witwengeld	0 EUR
Gesamtbezüge damit (2.000 EUR Ruhegehalt und 0 EUR Witwengeld)	2.000 EUR
mindestens jedoch Summe aus eigenem Ruhegehalt zuzüglich 20 v. H. des Witwengeldes (2.000 EUR + 198 EUR)	2.198 EUR
damit beträgt das restlich zahlbare Witwengeld	198 EUR
Gesamtversorgung aus Ruhegehalt und Witwengeld	<u>2.198 EUR</u>

3.3 Zusammentreffen mehrerer Ruhegehälter oder mehrerer Witwen-/Witwergelder oder mehrerer Waisengelder (§ 54 Abs. 1 Nr. 1 oder Nr. 2 LBeamtVG M-V)

Erhält eine Ruhestandsbeamtin/ein Ruhestandsbeamter später ein weiteres eigenes Ruhegehalt oder eine ähnliche Versorgung, ist das frühere Ruhegehalt neben dem ungekürzten späteren Ruhegehalt nur bis zum Erreichen der nachfolgend genannten Höchstgrenze zu zahlen.

Als Höchstgrenze gilt ein fiktives Ruhegehalt, das sich unter Zugrundelegung der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit und der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe ergibt, aus der sich das frühere Ruhegehalt berechnet, ggf. zuzüglich des Unterschiedsbetrags zum Familienzuschlag. Eine Minderung durch einen Versorgungsabschlag ist auch bei der Festsetzung der Höchstgrenze zu berücksichtigen.

Beim Zusammentreffen mehrerer Witwen-/Witwergelder oder mehrerer Waisengelder ist als Höchstgrenze das jeweilige fiktive Witwen- bzw. Waisengeld maßgebend.

4. Anzeigepflichten (§ 62 Abs. 2 LBeamtVG M-V)

Versorgungsberechtigte sind verpflichtet, dem VM-V den Bezug und jede Änderung von Renten und Versorgungsbezügen unverzüglich anzuzeigen. Der Mitteilung sind entsprechende Nachweise beizufügen. Auf Verlangen besteht die Verpflichtung, Nachweise vorzulegen oder der Erteilung erforderlicher Nachweise oder Auskünfte, die für die Versorgungsbezüge erheblich sind, durch Dritte zuzustimmen.

Bei einer schuldhaften Verletzung der Anzeigepflicht kann die Versorgung ganz oder teilweise auf Zeit oder auf Dauer entzogen werden. Bestehen Zweifel über die Anrechenbarkeit einer Leistung, wird dringend empfohlen, die Angelegenheit mit dem VM-V abzuklären.